

17. Wahlperiode

## Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **KMK-Beschluss umsetzen: Verbraucher/-innenbildung an Berliner Schulen stärken**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Beschluss der Kulturministerkonferenz vom 12. September 2013 („Verbraucherbildung an Schulen“) umzusetzen und

1. Die Lehrpläne und Unterrichtsinhalte in naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern so weiterzuentwickeln, dass Verbraucherbildung insbesondere zu den Themen „Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht“, „Ernährung und Gesundheit“, „Medien und Information“ sowie „Nachhaltiger Konsum“ in allen Schulformen und Jahrgangsstufen umgesetzt werden kann.
2. Bereits bestehende Ansätze und Materialien im Bereich der Verbraucherbildung zu vernetzen und den Schulen die Möglichkeit zum Austausch zu geben.
3. Die Schulen bei der Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern für die Vermittlung von Verbraucherbildung zu unterstützen.
4. In der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften die Grundlagen der Verbraucherbildung zu implementieren und als schulinterne Fortbildung anzubieten.
5. Die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen evaluieren zu lassen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2015 zu berichten.

### ***Begründung:***

Die Entwicklung eines verantwortungsbewussten, reflektierten und selbstbestimmten Verhaltens als Konsumentin und Konsument ist auch eine schulische Aufgabe. Themen der Verbraucherbildung lassen sich dabei zum einen an Fächer wie Naturwissenschaften, Biologie, Chemie und Wirtschaft-Arbeit-Technik anbinden. Verbraucherbildung ist aber auch ein Querschnittsthema, das interdisziplinäres über Fächergrenzen hinausgehendes Lernen erfordert.

Das Forschungsprojekt REVIS (Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung in allgemein bildenden Schulen) hat bereits in den Jahren 2003-2005 die Innovationskräfte in der Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung (EVB) gebündelt und die Ergebnisse des Forschungsprojekts dann schrittweise in die Lehrerbildung, z. B. in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Bayern sowie Nordrhein-Westfalen eingebracht. Mit dem „REVIS-Curriculum“ liegt damit ein Referenzrahmen mit Bildungszielen und Kompetenzbeschreibungen vor, der mit zahlreichen Projekten z. B. im Bereich der Vermittlung allgemeiner Finanzkompetenz, der Ernährungsbildung und weiteren Feldern der Verbraucherbildung weiterentwickelt und konkretisiert wurde:

**Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht:** Die Kaufkraft von Kindern und Jugendlichen ist in den vergangenen Jahren zunehmend gestiegen, so dass diese Altersgruppe heute eine bevorzugte Zielgruppe für Unternehmen und ihre Produktvermarktung sind. Damit steigen die Anforderungen an Kinder und Jugendliche, was Kenntnisse des wirtschaftlichen Handelns anbelangt. Ein ebenfalls steigender Anteil an überschuldeten Haushalten belegt die Notwendigkeit, Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit Konsumententscheidungen Kompetenzen mit auf den Weg zu geben.

**Ernährung und Gesundheit:** Kinder und Jugendliche verfügen über ein unterschiedlich ausgeprägtes Wissen zu Ernährung und Gesundheit. Fundiertes Wissen ist aber erforderlich, um im Alltag Entscheidungen für eine gesundheitsorientierte Ernährung und Lebensweise fällen zu können, die ökonomische Dimensionen und ökologische Herausforderungen verknüpft.

**Medien und Information:** Medien sind heutzutage integraler Bestandteil des Lebens von Kindern und Jugendlichen. Nutzung und Handhabungskompetenzen korrelieren aber nicht unbedingt mit einem reflektierten Konsumverhalten. Das eigene Medienhandeln und Medieninhalte kritisch zu hinterfragen, muss vielmehr erst schrittweise erlernt werden.

**Nachhaltiger Konsum:** Persönlicher Konsum wirft Fragen der Nachhaltigkeit von Lebensstilen auf. Insofern ist Verbraucherbildung eng verbunden mit einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Die soziale Anerkennung der Gleichaltrigen hat einen wachsenden Einfluss auf den Konsum von Kindern und Jugendlichen. Es ist daher erforderlich, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig erkennen, dass z.B. Mobilität und Freizeitverhalten mit Auswirkungen auf Ressourcen- und Energieverbrauch verbunden sind und soziale Fragen im globalen Zusammenhang aufwerfen.

Um Schülerinnen und Schüler in Verbraucherfragen zu erreichen, ist eine konzeptionelle Umsetzung seitens der Schulen erforderlich. Deshalb muss der Senat einen entsprechenden

Rahmen schaffen, damit Schulen in die Lage versetzt werden, die Themen der VerbraucherInnenbildung in den Schul- und Unterrichtsalltag zu integrieren. Die Engführung auf ein einzelnes Fach gilt es zu vermeiden, denn VerbraucherInnenbildung ist eine Querschnittsaufgabe. Auch bieten insbesondere freie Lehr- und Lernmaterialien (OER), die seitens des Senats zu fördern sind, die Möglichkeit das Thema vielfältig in das Unterrichtsgeschehen zu implementieren.

Berlin, den 13. Oktober 2014

Pop Kapek Dr. Altug Remlinger  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen